

Kiel, 7.12.2022

## Presseerklärung zur Lehrkräftebedarfsprognose des Bildungsministeriums

Am 01.12. zeigte das in den vergangenen Monaten vom Bildungsministerium immer wieder gepriesene „Tool zur Lehrerbedarfsprognose“, was alle Fachleute lange wissen: Es gibt zu wenige Lehrkräfte und der Mangel ist ungleich verteilt. Besonders benachteiligt sind die Gemeinschaftsschulen. Dort ist es schon seit Jahren nicht mehr möglich, die freien Stellen mit ausgebildeten Lehrkräften zu besetzen: Zu Hunderten werden Lehrkräfte ohne jeden Abschluss an Gemeinschaftsschulen eingesetzt.

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit hohem Unterstützungsbedarf ist in den vergangenen Jahren ständig gestiegen. Die Zahl der qualifizierten Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen ist beständig gesunken. Das liegt auch an einem Missverständnis, das sowohl vom Lehrkräfte-Prognosetool als auch von der Berichterstattung gefördert wird: Auch Gemeinschaftsschulen führen zum Abitur. Das Sekundarstufenlehramt war die richtige Struktur der Ausbildung für das Zwei-Säulen-Modell. Leider wurde es in zwei Lehrämter mit missverständlicher Bezeichnung aufgeteilt: Ein „Lehramt an Gemeinschaftsschulen“, das aber nicht auf Oberstufen von Gemeinschaftsschulen ausgerichtet ist, und ein „Lehramt an Gymnasien“, das sich zwar an gymnasialen Standards orientiert, aber Lehrkräfte für Gymnasien und Gemeinschaftsschulen hervorbringt. Ein „Laufbahnwechsel“ (Kieler Nachrichten) ist dafür nicht nötig. Es ist auch diese falsche Zuschreibung, die dazu führt, dass immer weniger „gymnasiale“ Lehrkräfte an den Gemeinschaftsschulen ankommen. Das heißt, der Mangel verschärft sich dort, wo der Bedarf besonders groß ist.

Wir begrüßen, dass die Ministerin diese desaströse Lage jetzt zur Kenntnis nimmt. Dass „gymnasiale“ Lehrkräfte bald auch an Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe ihre Ausbildung beginnen können, ist ein erster Schritt, aber er reicht bei weitem nicht aus. Die IQB-Studie zu den Grundschulen hat es gezeigt: Die soziale Schere beim Bildungserfolg vergrößert sich gerade in dramatischer Weise. Wenn Bildungsgerechtigkeit wirklich „groß geschrieben“ werden soll (Koalitionsvertrag), muss die Politik dafür sorgen, dass die gut ausgebildeten Lehrkräfte zu denen kommen, die sie dringend brauchen.

Cornelia Östreich, Johann Knigge-Blietschau

Vorsitzende der GGG Schleswig-Holstein, Gemeinschaftsschulverband e.V.

GGG-Landesverband Schleswig-Holstein – Gemeinschaftsschulverband, c/o Johann Knigge-Blietschau  
Düppelstr. 67, 21 24105 Kiel, johannknigge-blietschau@ggg-web.de